

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 134 (1968)
Heft: 5

Rubrik: Was wir dazu sagen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Als besonders mühselig erwies sich das Verlegen des Kabelnetzes. Um es unterirdisch verlegen zu können, hob man Gräben mit einer Tiefe von 0,8 bis 1,2 m und einer Breite von 25 bis 30 cm aus. Die Erfahrung zeigt, daß man die Gräben für die Kabel am besten an den Schnittpunkten der Leitungen mit den

Geleisen beginnt. Eine Verzögerung dieser Arbeit hält den Bau der Geleise auf und kann zu Beschädigungen der Kabel führen.

Je nachdem ob man 380 oder 220 V Spannung aus dem Netz bezieht, verbindet man die Wicklungen der Kraftanlagen mit Dreieck oder Stern.

(Hptm V. Belov, «Wojennyj Wjestnik» Nr. 11/1967) it

WAS WIR DAZU SAGEN

Anregungen von unten nach oben

Von Hptm i Gst B. Wehrli

In der Industrie ist der Wert von Anregungen und Vorschlägen aus dem Personal schon längst bekannt. Die ganze Belegschaft wird dort ermuntert, ihre Ideen und Vorschläge vorzubringen; die Geschäftsleitung prüft sie genau auf ihre Brauchbarkeit, und was verwendbar ist, wird auch verwirklicht. Nicht nur das: Man zahlt Prämien aus, deren Höhe vom zusätzlichen Gewinn abhängen, den das Unternehmen durch die Ausnützung des Vorschlages erzielen kann. In manchen Betrieben steht zum Beispiel eine «boîte de suggestions», um die Initiative zu erleichtern.

Wir sind in unserer Armee stolz darauf, die Fähigkeiten unserer Leute, die sie aus dem zivilen Beruf mitbringen, auch militärisch richtig auszunützen. Soweit es sich um einen zweckmäßigen Einsatz innerhalb der bestehenden Organisation und mit den vorhandenen Mitteln handelt, haben wir auf diesem Gebiet Beachtliches erreicht. Dort aber, wo es darum geht, das Bestehende zu verbessern, sei es in der Organisation, im Dienstbetrieb oder in der Ausrüstung und bei den Einsatzmethoden, ziehen wir unsere Leute nur in sehr beschränktem Maße zur Mitarbeit heran.

Gewiß bestehen bereits einige Einrichtungen, die einen Anfang in dieser Richtung bedeuten. Die Vorschriften des Dienstreglementes über die persönliche und die dienstliche Unterredung und die Beschwerde gehören zum Teil hierher. Sie sind aber in erster Linie auf die Bekämpfung von Mißständen ausgerichtet, die gegen die bestehende Ordnung verstoßen, und nicht darauf, diese Ordnung zu verbessern. Die Kursberichte der Kommandanten aller Grade sind das heute bestehende offizielle Mittel für neue Vorschläge; in ihrem Rahmen können Anträge aller Art gestellt werden. Und schließlich findet man immer wieder initiative Offiziere, die von sich aus ihre Ideen ihren Vorgesetzten unterbreiten (und dabei nicht selten auf instinktive Ablehnung stoßen!). Die Mannschaft hat oft die Möglichkeit, in den vielenorts obligatorischen Kompagnieaussprachen Vorschläge zu machen.

Das alles ist aus verschiedenen Gründen ungenügend, das erfahrungsgemäß bestehende große Potential auszunützen. Die Dienst Erfahrung lehrt immer wieder, daß die Initiative von unten mißtrauisch betrachtet wird: Sie stört den Routinebetrieb und bringt Arbeit; sie grenzt in den Augen mancher Vorgesetzter an eine Disziplinwidrigkeit. Darum ist die Anregung von unten oft nicht willkommen – und aus diesem Grund schweigt mancher, der etwas Richtiges zu sagen hätte.

Weiter zeigt die Erfahrung, daß die meisten Anregungen nie bis zu der Stelle gelangen, die zu ihrer eventuellen Verwirklichung auch kompetent ist. Hat zum Beispiel ein Füsilierzugführer eine gute Idee über die Verbesserung des Kampfanzeuges, so wird er diese Idee dem Kompagniekommandanten vielleicht mitteilen. Daß der betreffende Vorschlag aber bis zu derjenigen Stelle der eidgenössischen Militärorganisation gelangt, die dazu

kompetent ist, den Kampfanzug abändern zu lassen, ist heute praktisch ausgeschlossen, denn bestimmt wird irgendeine der vielen Stellen auf dem langen Dienstweg zwischen dem Leutnant und der Armeespitze finden, man habe Gescheiteres zu tun, als sich um derartiges zu kümmern. Aus der Kenntnis dieser Verhältnisse heraus wird vermutlich schon der Kompagniekommandant dem Leutnant bedauernd sagen, es habe doch keinen Zweck, etwas zu unternehmen, auch wenn die Idee gut sei.

Es ergeben sich die folgenden wesentlichen *Forderungen*:

1. Jeder Angehörige der Armee muß aufgefordert und ermutigt werden, neue Vorschläge aller Art zu machen.
2. Jeder Vorgesetzte, gleich welchen Grades und welcher Funktion, muß *verpflichtet* werden, Anregungen und Vorschläge von unten entgegenzunehmen und sie zu prüfen. Fällt die Verwirklichung der Anregung nicht in seinen Kompetenzbereich, so muß er verpflichtet werden, sie auf dem Dienstweg weiterzuleiten, mit oder ohne Stellungnahme dazu.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Verwirklichung dieser Forderungen für die Kommandanten aller Grade, aber vor allem für die Armeespitze eine wesentliche Mehrbelastung mit sich bringt. Schon heute ist die Auswertung der Kursberichte schleppend und infolge Mangels an qualifizierten Bearbeitern unzureichend. Trotzdem glaube ich, daß es sich im Interesse des Ganzen lohnen würde, hier den Aufwand zu vergrößern. Vor allem wäre dadurch sichergestellt, daß alle Anregungen tatsächlich an die zuständige Stelle gelangen und geprüft werden und daß nicht, wie es heute der Fall ist, unzählige vielleicht ausgezeichnete Ideen verlorengehen.

Damit ließe sich auch eine weitere bedauerliche Erscheinung einschränken, nämlich daß besondere Erfahrungen und Fortschritte, die bei der einen Truppe gemacht wurden, auf diese beschränkt bleiben, weil sie nicht in größerem Rahmen ausgewertet und verbreitet werden. Das führt dazu, daß andere Truppen die gleichen Erfahrungen wiederum von Grund aus erarbeiten müssen, anstatt von den anderswo gemachten Fortschritten profitieren zu können. Artikel, zum Beispiel in der ASMZ, tragen zwar viel dazu bei, das zu vermeiden, aber das ist eine Behelfslösung.

Weiter wäre es für die Armeespitze sicher wertvoll, aus der *statistischen* Auswertung solcher Anregungen gewisse Prioritäten erkennen zu können, wie sie sich auf den unteren Ebenen ergeben. Es ist ein Unterschied, ob eine bestimmte Forderung von der Mehrheit aller Kompagniekommandanten als sehr dringlich bezeichnet wird oder ob sie nur vereinzelt vertreten wird. So ist zum Beispiel nicht daran zu zweifeln, daß bei den Panzerabwehrwaffen der Infanterie das Raketenrohr der Gewehrgranate richtigerweise in weit stärkerem Maße vorgezogen worden wäre, als dies nach der heutigen Bewaffnung der Fall ist, wenn man die Auffassung der Soldaten und der Offiziere bis hinauf zum Kompagniekommandanten mit berücksichtigt hätte.

Schon heute ist es üblich, daß Probleme der Änderung der

Organisation, Ausrüstung und des Einsatzes usw. in *Umfragen* den Heereseinheitskommandanten zur Stellungnahme vorgelegt werden. Das ist zweifellos zweckmäßig und entspricht im übrigen gut schweizerischer Tradition. Man sollte sich aber gewiß auch fragen, ob es angezeigt wäre, solche Umfragen in einzelnen Fällen auch auf untere Ebenen auszudehnen. Dabei könnte man die Beteiligung zum Beispiel bei der Infanterie auf einen repräsentativen Ausschnitt beschränken, um den Aufwand nicht allzu groß werden zu lassen. Strategische oder operative Probleme eignen sich dafür natürlich nicht, wohl aber Fragen des militärischen Alltags auf unterer Ebene, die sich oft gewiß am besten lösen lassen, wenn vermehrt diejenigen angehört werden, die sie am besten kennen, und das ist die Truppe selbst.

AUSLÄNDISCHE ARMEEN

NATO

In Brüssel diskutierte der ständige NATO-Rat über den rasch erfolgenden Ausbau der sowjetischen Flotte im Mittelmeer (wir kommen unter «Sowjetunion» darauf zurück) und setzte seine Konsultationen über den sowjetisch-amerikanischen Entwurf des Atomsperrvertrages fort.

Die Verteidigungskommission der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), der die sechs Länder der EWG und Großbritannien angehören, befaßt sich am Pariser Sitz der WEU mit sämtlichen Aspekten der *Verteidigung mit Hilfe von Nuklearwaffen*. Der französische General André Beaufre referierte über die jüngste Entwicklung der nuklearen Strategie, während ein britischer Abgeordneter einen Vorbericht über die Rolle der *taktischen Kernwaffen* in der Verteidigung Westeuropas erstattete. In diesem Bericht wird namentlich empfohlen, daß die Regierungen jener Länder, in denen Kernwaffen gelagert werden, hinsichtlich der Verwendung dieser Waffen über ein *Vetorecht* verfügen sollten, und zwar einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Die taktischen Kernwaffen seien für die Verteidigung Westeuropas von «entscheidender Bedeutung», weil die herkömmlichen Waffen nicht genügten, während längerer Zeit einem «größeren Angriff» zu begegnen. Wenn man einen allgemeinen Atomkrieg vermeiden wolle, könne der Einsatz taktischer Kernwaffen für die Einstellung eines feindlichen Angriffes «von höchster Bedeutung» sein, heißt es im erwähnten Bericht, der allerdings die Möglichkeiten einer «Eskalation» im Einsatz von taktischen zu strategischen Atomwaffen zu wenig gründlich analysiert. Der Referent erwähnte dazu lediglich, daß die atlantische Allianz dem möglichen Feind «zu verstehen geben» sollte, daß taktische Atomwaffen gegebenenfalls eingesetzt würden, ohne festzulegen, zu welchem Zeitpunkt dies der Fall wäre. Unter allen Umständen aber müsse die Verwendung der taktischen Kernwaffen «sehr strengen politischen Kontrollen» unterworfen werden. z

Westdeutschland

Ein Sprecher des Bonner Verteidigungsministeriums dementierte Gerüchte, wonach die Bundesrepublik 150 bis 180 amerikanische «Phantom»-Flugzeuge anzuschaffen beabsichtige, um die «Starfighter» zu ersetzen. Der Entscheid darüber, ob und durch welches Modell die «Starfighter» ersetzt werden sollen,

werde im Laufe des Sommers 1968 getroffen werden. z

Die Bundesrepublik Deutschland wird demnächst an Griechenland 5 Schnellboote liefern, die im Rahmen der gegenseitigen Lieferungen der NATO-Länder verrechnet werden sollen, also nicht bilateral.

Die in der Bundesrepublik gebaute dritte Stufe der ELDO-«Europa»-Rakete hat in der Nacht zum 20. März ihren wichtigsten Bodentest auf dem Raketenversuchsgelände von Lampoldshausen (Baden-Württemberg) erfolgreich bestanden, als es gelang, das Haupttriebwerk und die beiden Steuertriebwerke zweimal zu zünden. Die erste vollständige Flugerprobung der gesamten ELDO-Rakete «Europa I» ist für Mitte November 1968 in Woomera (Australien) vorgesehen. Dabei sollen erstmals alle drei Stufen (I Großbritannien, II Frankreich, III Deutschland) gezündet werden. z

Generalleutnant J. Moll, der Inspekteur der deutschen Bundeswehr, vertritt in einem Zeitungsinterview die Auffassung, daß die Soldaten der Bundeswehr ihre Vorgesetzten nicht mehr unbedingt zu grüßen hätten; eine allgemeine Grußpflicht sei abzulehnen. Moll bezeichnete als eine der wichtigsten – und schwierigsten – Aufgaben die Neufassung des Begriffs der militärischen Disziplin. z

Frankreich

In der Nacht zum 10. März verunglückte General Charles Ailleret, Generalstabschef der französischen Armee, auf der Insel La Réunion mit einer DC 6 der französischen Armee tödlich. Der Absturz forderte 19 Todesopfer, unter ihnen weitere höhere Offiziere der französischen Armee. General Ailleret hatte der Schweiz im September 1967 einen offiziellen Besuch abgestattet; er wurde Ende Februar 1968 von Generalstabschef P. Gygli und Ausbildungschef P. Hirschy erwidert. Der Fünfsterngeneral, der dieses Jahr das Pensionierungsalter erreicht hätte, genoß das besondere Vertrauen General de Gaulles und war ausersehen, über die Altersgrenze hinaus seine bisherigen Funktionen noch ein weiteres Jahr zu versehen. Er galt als Vater der «Force de frappe». Ailleret ging davon aus, daß Frankreich sich in seiner militärischen Planung gegen alle möglichen Angriffe vorsehen und eine Strategie «nach allen Azimuten» aufbauen müsse. Er war der Inbegriff des «technischen Offiziers», trotzdem alles andere als ein «Militärkopf»

Das hat mit Demokratisierung der Armee nichts zu tun, wie denn auch nicht die Rede davon sein kann, die Ergebnisse derartiger Umfragen oder besonders häufig wiederholte Vorschläge und Anträge für die Armeeführung verbindlich zu erklären. Die bestehende Kompetenzordnung, die sich im wesentlichen bewährt hat, soll dabei nicht angetastet werden. Es geht nur darum, den verantwortlichen Stellen zusätzliche Entscheidungsgrundlagen zu verschaffen, die nach unserer Meinung mit berücksichtigt werden sollten. Mit einer erwünschten Nebenwirkung darf gewiß gerechnet werden: Werden die Wehrmänner aller Grade in dieser Weise zum vermehrten Mitdenken und Mitarbeiten aufgefordert, so wirkt sich das bestimmt auf die Dienstfreude und den Einsatz günstig aus.

und ein feinfühlig, hochkultivierter Mann. Sein plötzliches Ausscheiden stellt für die französische Armee einen Verlust dar, der nicht leicht wettzumachen ist.

Zum neuen französischen Generalstabschef und Nachfolger Aillerets wurde am 27. März Luftwaffengeneral Michel Fourquet ernannt, der bisher ministerieller Delegierter für Rüstungsfragen war. Der heute vierundfünfzigjährige Fourquet gehörte den «Forces aériennes françaises libres» an und kommandierte die Bombardierungseinheit «Lothringen». Nach dem Kriege war General Fourquet namentlich Mitglied der französischen Delegation der NATO in Washington, bevor er 1959 in den persönlichen Generalstab de Gaulles berufen wurde. Nach dem mißglückten Putsch von Algier wurde er von de Gaulle zum Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in Algerien ernannt. z

In einem Artikel «Das Atom, Ursache und Mittel einer autonomen militärischen Politik» schreibt der französische Armeeminister Meßmer, die französische Regierung werde sich entschließen müssen, ob sie sich ab 1970 an der Schaffung eines Atomwaffensystems internationaler Tragweite beteiligen wolle: «Es handelt sich hier um einen schwerfallenden politischen Entschluß und um eine militärische Wahl, denn unsere strategischen Streitkräfte könnten die Mission einerseits mit Boden/Boden-Raketen einer Tragweite von 8000 bis 10000 km erfüllen oder anderseits mit U-Booten, die mit ballistisch-strategischen Meer/Boden-Raketen ausgerüstet sind, oder dann mit einer Kombination beider zusammen», stellt Meßmer wörtlich fest. Wie Meßmer 2 Wochen später erklärte, hofft Frankreich im kommenden Sommer «große Fortschritte in der Entwicklung von H-Bomben» zu machen. z

Eine von der «Sud-Aviation» hergestellte «Dragon-2B»-Rakete mit wissenschaftlichen Instrumenten an Bord wurde Mitte März über dem Kerguelenarchipel im Indischen Ozean erfolgreich abgefeuert. Das Experiment diente der Erforschung meteorologischer und raumphysikalischer Fragen. z

Die französische Regierung hat für 13 Millionen Dollar die militärischen Einrichtungen in Frankreich angekauft, die von den 70000 amerikanischen Armeangehörigen zurückgelassen wurden, deren Abzug es am 11. März 1966 verlangt hatte. Der Betrag macht rund 28% des wirklichen Wertes des von den Ameri-